

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Maßvorschriften ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltorfstr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Einft und jetzt.

Allzu vielen deutschen Wählern erschien der verhängnisvolle 14. September 1930 als eine Erlösung von allen wirtschaftlichen Bedrängnissen. Mehr als ein Jahr liegt nun hinter uns, ohne auch nur im geringsten etwas von einer Besserung unserer wirtschaftlichen Lage zu versprechen. Im Gegenteil, immer weiter geht es seit diesem Tage mit Deutschland bergab. Ungeheure Opfer hat das arbeitende Volk dieser verhängnisvollen Wahl gebracht und muß sie immer noch bringen. Es gibt fast kein wirtschaftliches Unternehmen, welches nicht durch diese Wahl das Gleichgewicht verloren hätte, ausgenommen nur einige Großaktionäre.

Aber auch die wirtschaftlichen Organisationen und Unternehmungen der Arbeitnehmererschaft müssen Erschütterungen durchmachen. Die Wogen gehen allzu hoch und man kann es nicht verhindern, daß diesen schwer umbrachten Schiff der Arbeiterschaft Schaden zugefügt wird. Lüge, Betrug, wahlstimmige und verräterische Parolen von landfremden und verantwortungslosen Agitatoren sollen ihr übriges noch tun, um die stärksten Bollwerke der Arbeiterschaft zu zertrümmern. Es wird ihnen nicht gelingen! Die freien Gewerkschaften und die SPD. als wirtschaftliche und politische Interessenvertretungen der Arbeitnehmererschaft sind Sturmprobe und nicht mehr wegzudenkende Kampforganisationen der Arbeiterschaft. Sie existieren nicht erst seit der Geburt eines Hitler und Jünger Goebbels, auch nicht erst, seitdem man in Moskau entdeckte, daß der Transportarbeiter Thälmann der „wahre Klassenkämpfer“ ist und ihn mit der Führung der kommunistischen Stahlhelm-Volkseisenpartei betraute. Ueber ein halbes Jahrhundert führt die Arbeiterschaft mit einer modernen Gewerkschafts- und Parteibewegung einen gigantischen Kampf gegen seine Unterdrücker. Staatsmänner wie Bismarck und dessen willige Polizei haben es mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln nicht vermocht, das Gebäude der Arbeiterschaft, welches damals noch nicht auf solchen Grundpfeilern stand wie heute, hinwegzureißen. Waisenkneben wie Hitler und seine gelben Trabanten, ebenso die Klassenverräter in der kommunistischen Parteiführung wenden vergebliche Mühe auf, ein Werk zu vollenden, an dem ein großer Staatsmann wie Bismarck gescheitert ist!

Gerade unser Verband, der vor 42 Jahren als Kampforganisation der Bergarbeiter gegründet worden ist, um den in Not und Elend lebenden Bergarbeitern menschenwürdige und bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu erkämpfen, legt in seinen Jahresberichten von damals über den Existenzkampf einer Organisation bereites Zeugnis ab. Immer und immer wieder hat früher der Mut und die Geschlossenheit der Kameraden und vor allem der feste Glaube, daß bessere wirtschaftliche Verhältnisse für die Bergarbeiter nur mit einer großen, starken und geschlossenen Organisation zu erkämpfen sind, die gefährlichsten Situationen überstanden. Auch heute müssen wir uns die damaligen Eigenschaften der Kameraden zu eigen machen. Aber auch mehr denn je muß uns die klare Erkenntnis der tatsächlich bestehenden wirtschaftlichen wie politischen Machtverhältnisse die jetzigen Schwierigkeiten überwinden helfen. Freilich ist es schwer, der Arbeiterschaft von heute es begreiflich zu machen, daß in früheren Jahren das Proletariat, vor allem die Bergarbeiter, schon ähnliche schlechte und gefährliche Zustände durchmachen mußten. Liegt das nicht vor allem daran, weil wir die früheren Zustände nicht mit erlebt haben? Wenigstens die übergroße Wahrheit von uns Kumpels?

Was können wir aber nach den früheren Geschäftsberichten unseres Verbandes gegenüber heute feststellen? Daß Not und Elend, schlechte Zustände und miserable wirtschaftliche Verhältnisse der Bergarbeiter unserer Verband Mitgliederzuwachs und festere Geschlossenheit brachten! Heute muß man bald das Gegenteil in den Geschäftsberichten feststellen. Hören wir einmal aus dem Geschäftsbericht von 1895, in welchem Otto Hue die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ übernahm, wo sechs Kameraden in einem Weineidsprozeß unschuldig zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Der Geschäftsbericht schließt mit einem Fehlbetrag von 2968,40 M. Die Mitgliederzahl betrug rund 5000. Wir sehen: bald 3000 M. Schulden bei 5000 Mitgliedern! Bei den damaligen Geldverhältnissen und dem Geldwert befand sich unser Verband bestimmt in einer ganz gefährlichen Situation. Es war ein gewaltiger Schlag, den die Eulenburg-Polizei dem Verband verleiht hatte. 1896, ein Jahr später, lesen wir aber im Geschäftsbericht: „Der längst totgesagte Verband ist noch nicht tot. Trotz Verfolgungen, trotz aller Schikanen, trotz aller Gegenverbände marschieren wir vorwärts. Und wir glauben, dieser Fortschritt wäre nicht gekommen, wenn nicht unsere lieben Freunde so ängstlich um uns besorgt gewesen wären. Ihnen gebührt unser Dank. Es leben unsere Freunde — die Feinde!“

Welche Kampfschlossenheit, welcher Mut liegt in diesen Worten! „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten!“ Schleudern wir das heute unseren Gegnern auch ins Gesicht! Zwei Jahre später, 1898, berichtet die „Bergarbeiter-Zeitung“: „Wir können nahezu mit 28 000 sicheren Verbandsmitgliedern rechnen.“ 1899 wird berichtet: „Die Mitgliederzahl ist gegenüber dem Vorjahre um 6500 gestiegen. Wir geben zu: manches Unheil haben unsere Gegner angerichtet, manch braver Kamerad ist verkommen am Wegstrand mit einem Fuch auf den Lippen für die, welche ihn zu Tode maßregelten; manches Jahr Gefängnis und Zuchthaus, manch tausend Mark Strafe sind über uns verhängt worden; mancher von uns hat sich unheilbares Siechtum im Kerker geholt — aber der Gedanke Organisation ist unausrottblar.“ Und nun 1901: „Eine schwere Krise suchte die deutsche Bergwerks- und Hüttenindustrie heim. Zum erstenmal ist seit 1890 eine Verminderung der Produktion zu verzeichnen... Durch Lohnkürzungen, ungeheure Strafen und brutale Behandlung erzeugen die Werke in der Belegschaft eine solche Erbitterung, daß nur mit Mühe ein Streik verhindert werden kann.“ 1902: „Eine so große Geschäftsflaute und Arbeitslosigkeit haben wir speziell in der Bergwerks- und Hüttenindustrie seit 1873 nicht wieder erlebt, wie im ersten Semester des letzten Jahres... Zeitweilig wurden in einigen Revieren nur an vier Tagen in der Woche

Es geht ums Ganze!

Eine Wirtschaftskatastrophe von ungeheurem Ausmaße schüttelt die Weltwirtschaft und besonders das deutsche Wirtschaftsleben. Die Zahl der Arbeitslosen wächst in allen Industrieländern der Welt. Der Bergbau ist von diesem Beben der Wirtschaft in einem noch nie dagewesenen Umfange erfaßt. Während 1913 im deutschen Bergbau 918 805 Bergarbeiter beschäftigt waren, ist diese Zahl bis zum 1. September d. J. auf 496 000 gesunken. Im Ruhrrevier ist die Belegschaft in derselben Zeit von 426 000 auf 235 000 zurückgegangen. Hunderttausende von Bergleuten müssen mit anderen Arbeitslosen von der kargen Unterstützung, die ihnen die Arbeitslosenversicherung, Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge gewährt, ein kümmerliches Dasein fristen. Die noch in Arbeit stehenden Bergarbeiter haben unter Fehlerschichten und wiederholten Lohnkürzungen zu leiden. Allein im Ruhrbergbau wurden in den ersten neun Monaten dieses Jahres 7 327 000 Fehlerschichten eingelegt, in Oberschlesien waren es 1 167 000. In den anderen Kohlenrevieren sowie im Kali- und Erzbergbau sieht es nicht besser aus.

Diese Zustände haben die Not der Bergarbeiterfamilien und die der arbeitslosen Kameraden ins Unermessliche gesteigert. Die kapitalistischen Wirtschaftsführer sind aber der Ansicht, daß die Löhne noch weiter gekürzt werden müßten, ja, daß die Arbeitszeit sogar verlängert werden müsse. Lohn-tarife, Schlichtungsordnung, Wohnungszwangswirtschaft usw. sollen beseitigt und den Grubenverwaltungen die Möglichkeit gegeben werden, wieder wie vor 1918 allein Löhne und Arbeitszeit festsetzen zu können. Die Scharfmacher der Schwerindustrie verlangen, daß die Bergarbeiterlöhne um weitere 20 bis 30 Proz. gekürzt werden. Sie sehen auch nicht ein, daß die fortschreitende Technik immer mehr Menschen brotlos macht und daß nur eine Verkürzung der Arbeitszeit oder die Einführung des Krümpersystems die Möglichkeit gibt, die Fehlerschichten zu beseitigen und zur Wiedereinstellung von arbeitslosen Bergarbeitern zu kommen. Diese Herrenmenschen lehnen jeden Vermittlungsvorschlag ab und scheuen nicht davor zurück, Monat für Monat weiteren Zehntausenden ein ungewisses Schicksal zu bereiten. Doch damit noch nicht genug! Ihr Streben geht dahin, die Arbeitslosenversicherung und die Leistungen der Sozialversicherung abzubauen! Die Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, in der eine »Reform« der Knappschaftsversicherung verlangt wird. Diese soll folgendermaßen aussehen:

1. Alle in knappschaftlichen Betrieben tätigen Arbeiter sollen wie bisher nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung in der Reichsinvalidenversicherung versichert werden.
2. Für die unter Tage mit wesentlich bergmännischen Arbeiten beschäftigten Arbeiter soll durch eine Zusatzversicherung ein besonderer Zuschlag gezahlt werden.
3. Wegfall der Alterspension.
4. Die durch den zu zahlenden Zuschlag in der Reichsinvalidenversicherung sich ergebende Mehrleistung soll sich der Leistungsfähigkeit des Bergbaues anpassen.

Wenn diese Pläne der deutschen Bergherren durchgeführt werden, dann bedeutet das, daß mehr als 40 Prozent der Bergleute aus der Knappschaftsversicherung ausscheiden und daß die noch in der Knappschaftsversicherung bleibenden eine derartig niedrige Rente bekommen, daß damit die Invaliden mit ihren Familien nicht zu leben vermögen.

So sieht das soziale Herz der Unternehmer im Bergbau aus! Kameraden, wird es nicht höchste Zeit, daß sich die deutschen Bergleute besinnen und einiger zusammenstehen als bisher? Ich richte an die alten und jungen Verbandsmitglieder den dringenden Appell, aus vorstehendem die richtigen Schlüsse zu ziehen und alles zu tun, damit unser Verband gestärkt und in die Lage versetzt wird, diesen wahnwitzigen Bestrebungen der Unternehmer wirksam entgegenzutreten zu können. Die nächsten Wochen müssen ausgefüllt sein mit emsiger Werbearbeit für den Verband. Oft haben die alten und jungen Verbandskameraden sich in gemeinschaftlicher Arbeit für den Aufstieg unseres Verbandes und damit der Bergarbeiter gefunden. Es ist Gefahr im Anzuge! Deshalb rufe ich alle Mitglieder auf: Freiwillige vor! Heran an die Werbearbeit! Sucht die Unorganisierten in den Wohnungen auf, bearbeitet sie auf dem Wege von und zur Grube und bei der Arbeit! Jedes Mitglied sei bestrebt, mindestens einen neuen Kämpfer in unsere Reihen hereinzubringen. Wie so oft muß diese schwere Zeit jeden veranlassen, seine letzte Kraft für die Organisation einzusetzen.

Es geht ums Ganze! Deshalb heran an die Unorganisierten!

Jeder werbe den zweiten Mann für den Verband!

K. Heusermann

gefördert, im Ruhrgebiet gab es auf vielen Schächten nur 18 bis 20 Schichten pro Monat... Aber trotzdem, Kameraden, steigt die Mitgliederzahl von 38 042 auf 48 278... Also trotz der Wirtschaftskrise hat die Mitgliederzahl nicht abgenommen, sondern sie ist gestiegen.

Selbstverständlich stellt sich heute hemmend die politische Zerrissenheit innerhalb der Arbeiterschaft der Organisation in den Weg. Diese unliebsame Erscheinung darf aber niemals der Arbeiterschaft den Glauben nehmen, daß das größte Unheil nur mit einer großen und geschlossenen Organisation von dem Proletariat abgewendet werden kann. Aus dem Geschäftsbericht von 1904 ist für unsere invaliden Kameraden etwas erwähnenswert: durchschnittlich bezieht ein Knappschaftsinvalid monatlich nur 20 M., eine Witwe nur 10 M., eine Waise nur 5,75 M. Trotzdem man mit den heutigen Renten auch nur sein nacktes Leben fristen kann, muß aber jeder zugeben, daß sie anderes aussehn als 1904. Daß eben die Renten heute anders aussehn als damals, ist auch nur der Organisation der Bergarbeiter zu verdanken. Es kann darum nur Unkenntnis, Undank oder Unverständnis sein, wenn Kame-

raden, sobald sie invalide werden und eine Knappschaftsrente beziehen, der Kampffront der Bergarbeiter den Rücken kehren.

Niemand anders als die noch im Betrieb stehenden Kumpels sind die hauptsächlichsten Träger der Knappschaft! Gemeinsam mit ihrer Organisation kämpfen sie für die Erhaltung dieser ältesten sozialen Einrichtung der Bergarbeiter. Den invaliden Kameraden ist nur zu empfehlen, einmal fünf Minuten darüber nachzudenken!

Notwendig ist es nicht, alle die Erfolge des Verbandes seit seinem 42jährigen Bestehen aufzuführen. Allzu deutlich stehen die großen Errungenschaften vor uns, wenn man mit klarem und ungetrübtem Blick Rückschau hält. Klar und ungetrückt muß auch heute der Blick in die Zukunft sein. Trotz einer Ueberzahl von Feinden, trotz blindem und grimmigem Haß unserer Gegner müssen jetzt in einer Zeit der größten Not alle Mitglieder ihre ganze Kraft in den Dienst des Verbandes stellen. Mit Stolz wird dann auch die jetzige Generation der Bergarbeiter in unserer Verbandsgeschichte berichten können: „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten!...“

Die Arbeiter im „Dritten Reich“.

Zum Techtelmechtel Hitler-Brüning.

Die Tagespresse bringt zur Zeit ausführliche Erörterungen über Verhandlungen hinter den Kulissen, deren Ziel ist, Hitler und Brüning zusammenzuführen. Gleichzeitig hat sich eine lebhafteste Auseinandersetzung zwischen der Hitlerpartei und den christlichen Gewerkschaften der Grundbesitzer der Arbeitererschaft angespannt. Die Hitlerpartei ihrerseits versucht nun, durch verstärkten Druck auf die christlichen Gewerkschaften, die Einheitsfront der Gewerkschaften zu unterminieren. Sie kündigt dieses Vorhaben mit ziemlicher Offenheit an. So gibt das „Hamburger Tageblatt“ in Nr. 223 vom 29. Oktober Äußerungen des Nazi-Reichstagsabgeordneten und Reichsbetriebszellenleiters Schumann wieder, der in einer Betriebszellenversammlung ausführte:

„Wir werden recht bald die christlichen Gewerkschaften vor die Entscheidungsfrage stellen, ob sie sich auch weiterhin für die Erhaltung des gegenwärtigen Regierungs- und Wirtschaftssystems einsehen wollen, oder aber dem nationalen Sozialismus die Tore zu öffnen bereit sind.“

Gleichzeitig geht durch die ganze Nazipresse (z. B. „Koburger Nationalzeitung“ Nr. 254 vom 29. Oktober 1931) ein Artikel von Dr. Walter Schmitt, der unter der Ueberschrift: „Harzburg und die Gewerkschaften“ u. a. schreibt:

„Zunächst ist es Pflicht der Gewerkschaften, die sich mit Recht „christlich-national“ nennen wollen, sich der antimarxistischen Front anzuschließen.“

Auch die christlichen Gewerkschaften beteiligen sich an diesem Spiel des Sich-gegenständig-Abtafens. Der „Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, hat Hitler die sogenannte Gretchenfrage gestellt in seiner Nummer 235 vom 11. Oktober, in der es heißt:

„Herr Hitler! Haben Sie schwerindustriellen Führern die Erklärung abgegeben, daß Sie mit Ihrer Partei gegen Gewerkschaften und gegen Tarifverträge sind?“

Haben Sie die Absicht, gemeinsam mit Herrn Hugenberg nach dem Rezept von Harz und Bang die deutsche Sozialversicherung zu zerschlagen? Halten Sie es mit den Pflichten einer Arbeiterpartei für vereinbar, wenn diese sich von sozialreaktionären Arbeitgeberern mit Geld unterstützen läßt?“

Nach langer Pause hat nun eine Gruppe „Arbeiterabgeordneter“ in der Nazipartei die Sprache gefunden, um auf die vorstehenden Fragen zu antworten, und zwar in dem Berliner Naziorgan des Herrn Göbbels, im „Angriff“. Die Antwort ist echt national-sozialistisch. Sie besteht aus einem einzigen Geschimpfe auf die Politik der heutigen Gewerkschaften, die schuld an allem sozialen Elend sei. Im „Dritten Reich“ würden die Nazis beweisen, wie man wirkliche Arbeiterpolitik machen müsse. Nun sind wir aber leider nicht so naiv, Naziphrasen einfach als wahrhaftig hinzunehmen, sind vielmehr gewohnt, uns in dem Labyrinth solcher neuen Heilsapostel etwas genauer umzusehen, um herauszufinden, was solche Leute denn wirklich an besonderem Handwerkszeug und Bauplänen zur Errichtung ihrer neuer Staats- und Wirtschaftsordnung bereit halten. Wir geben für heute nur eine kleine Kostprobe aus dem Resultat unserer genaueren Beobachtung. Auch der dümmste Arbeiter wird daraus erkennen können, was seiner im „Dritten Reich“ unter der Hitlerdiktatur erwartet:

1. Die wirtschaftspolitischen Grundzüge.

Die Reichsführerschule der Nazipartei hat unter der Dienstnummer 969/31 an die SA-Führer die Inhaltsangabe dreier Vorträge aus dem bisherigen Lehrgang der Reichsführerschule als Hilfsmittel für die weitere Schulung der SA überhandelt. Unter diesen Vorträgen befindet sich auch einer über „Wirtschaftspolitische Fragen“, in dem es u. a. heißt:

„Beim Aufbau des neuen Wirtschaftskörpers sind sechs große Aufgabe zu erfüllen: 1. die Regelung der gesamten Arbeitsverhältnisse. Die grundsätzlichen Anordnungen werden auf dem Gesetzwege vom Staat erlassen, die Einzelheiten über Urlaub, Lohn usw. werden hier festgesetzt (also alles einfach diktiert! — D. Red.) Grundzug: keine Tarifverträge wie heute, sondern Existenzminimum. Ausperrung und Streik werden nicht geduldet. Die Arbeitslosenversicherung wird nicht auf dem Wege der heutigen Gesetzgebung ausgeführt. Die Einparungen hierfür erfolgen auf ein persönliches Konto. Dies steht dem einzelnen zur Verfügung bei Krankheit, bei Niederkunft der Frau, bei Anstellung.“

2. Rücksichtslose Einschränkung in der Sozialversicherung.

Das Naziblatt „National-Zeitung“ (Essen) nimmt in seiner Nr. 250 vom 24. Oktober 1931 im „Wirtschaftlichen Tagesbericht“ zur Sozialversicherung Stellung:

„Der Direktor der Oberschleifischen Handelskammer hat mit Recht rücksichtslose Einschränkung der Ausgaben der öffentlichen Hand gefordert. Diese Forderung darf und soll man aber auch ausdehnen auf die großen Institutionen der Sozialversicherung.“

3. Sozialgesetzgebung ist Erpressung.

Der Nazi-Landtagsabgeordnete und Gauleiter W. Bagnar (München), der Referent der Reichsparteileitung der Nazipartei für Gewerkschaftsfragen (ausgerechnet!) erklärte am 4. Juli 1930 in einer Versammlung in München:

„Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Befehlenden!“

4. Streikende werden erschossen!

Im Reichstagswahlkampf 1930 erklärte der Naziführer Gregor Strasser in einer Versammlung in Leipzig:

„Zehn Geheke haben den ganzen Dreck auf. Landesverräter werden gehängt, Streikende werden erschossen. Und es wird nicht viele geben, die sich dieserhalb an die Wand stellen lassen.“

5. Nazis gegen Betriebsräte.

Die Nazizeitung „Stürmer“ in Nürnberg veröffentlichte in Nr. 16 (Jahrgang 1930) folgendes Gedicht:

„Euer Feind ist nah,
Weil Hitler lebt,
Das Betriebsratssterben da,
Weil's Dritte deutsche Reich erricht.“

6. Der Zweck der NSBO.

Der Nazi-Reichsbetriebszellenleiter Schumann hat in einem Vortrag vor der Hamburger Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) „Wesen und Zweck der nationalsozialistischen Betriebszellen“ mit wünschenswerter Eindeutigkeit gekennzeichnet. Er erklärte laut „Hamburger Tageblatt“ (Nr. 233 vom 29. Oktober 1931):

„Die NSBO ist keine gewerkschaftlich-wirtschaftliche Organisation, sondern vor allem das politische Kampfmittel der nationalsozialistischen Bewegung zur Eroberung der Betriebe und zur Säuberung der Gewerkschaften. Heute sind bei den arbeitenden Massen keine großen idealistischen Gedanken mehr zu finden, sondern nur noch frasser Materialismus. Die NSBO hat daher die Aufgabe, den deutschen Idealismus wieder fest in die Herzen der Arbeiter zu verankern.“

Was diese Leute unter Idealismus verstehen, ist ersichtlich aus nachstehender Notiz:

7. Die Lohnpolitik im „Dritten Reich“.

Der „Braunschweiger Volksfreund“ teilte in Nr. 238 vom 17. Oktober 1931 mit:

„In Kattendorf (Holftein) befindet sich eine SA-Schule, die eine Belegschaft von 80 Mann hat. Die Leute werden dort ausgebildet, verpflegt und erhalten ein Taschengeld von 15 Pf. pro Tag. In ihrer Freizeit müssen sie bei den Nazibauern der Umgebung Erntearbeit leisten, wofür sie pro Tag 50 Pf. Lohn erhalten.“

Tarifverhandlungen im Nacher Bergbau.

Der Appetit kommt bekanntlich beim Essen. Das dachten wahrscheinlich auch die Unternehmer des Nacher Stein- und Kohlenbergbaues, als sie den Schlichter anriefen, um nach dem Vorbild des benachbarten Ruhrgebiets den schwerarbeitenden Kumpeln einen Tag Urlaub zu nehmen. Nicht genug damit, daß ab 1. April und neuerdings auch ab 1. Oktober 1931 eine Kürzung der Löhne erfolgte, die Gelegenheit schien günstig, auch in der Urlaubsfrage Verschlechterungen vorzunehmen. Ueberaus plöcklich wurde zu Schlichtungsverhandlungen am 28. Oktober in Nachen eingeladen. Hier forderten die Unternehmer eine Kürzung des Tarifurlaubs um einen Tag. Weiter wurde über die Regelung der Lohnarbeit verhandelt. Das Verhandlungsergebnis wurde in folgender Vereinbarung zusammengefaßt:

1. Das zur Zeit geltende Abkommen über die Arbeitszeit (Schiedspruch vom 27. Mai 1929) wird mit Wirkung über den 31. Oktober hinaus bis zum 30. April 1932 verlängert mit der Maßgabe, daß es mit einmonatiger Frist zu diesem Zeitpunkt gekündigt werden kann; erfolgt zu diesem Zeitpunkt keine Kündigung, so läuft es jeweils ein halbes Jahr mit der gleichen Kündigungsfrist weiter.

2. Die zur Zeit geltende Urlaubsregelung gilt unverändert bis zum Ablauf des Urlaubsjahres, also dem 31. März 1932. Ueber den Umfang des Urlaubs für das kommende Urlaubsjahr wird zu dessen Beginn verhandelt. Das Ergebnis dieser Verhandlung wird Teil des Rahmenvertrages. Falls dieser zum 30. Juni 1932 nicht gekündigt wird, ist er (in Abänderung seines § 14) dann erst am 1. Januar 1933 zum Ende März 1933 kündbar; im übrigen bleibt es bei dem halbjährigen Weiterlauf, falls keine Kündigung erfolgt.

Es bleibt also vorläufig alles beim alten. An der Urlaubsdauer wird nichts geändert. Es muß aber damit gerechnet werden, daß nach Ablauf der Laufzeit, und zwar auf Antrag der Unternehmer, die Verhandlungen erneut aufgenommen werden.

Arthur Cool †.

Der Generalsekretär des britischen Bergarbeiterverbandes, A. J. Cool, ist am 2. November nach einem schmerzhaften Krankenlager gestorben. In Cool betrauert die gesamte englische Arbeiterbewegung und insbesondere der Bergarbeiterverband, dessen unbestrittener Führer er seit 1924 gewesen ist, eine furchtlose und unerschrockene Kämpfernatur, einen unermüdeten Streiter für die Rechte der Arbeiterschaft, den lebendigsten und wirkungsvollsten Agitator, der den englischen Gewerkschaften je erstanden ist. Sein Name ist weit über Englands Grenzen hin-



aus bekannt geworden, gehörte er doch während des großen englischen Bergarbeiterkampfes von 1926 zu den meist genannten Männern der ganzen Welt. Die Bergarbeiterinternationale, in deren Exekutivkomitee er seit 1924 wirkte und zeitweilig die Geschäfte des Internationalen Sekretärs versah, verlor in Cool einen eifrigen Mitarbeiter und aufrichtigen Freund. Sein Andenken wird von allen, die ihn näher kannten, in hohen Ehren gehalten werden!

Cool ist nur 46 Jahre alt geworden. Die Krankheit, die zu seinem Tode führte, hat er sich im Dienste der Bewegung zugezogen. Bei einer stürmischen Versammlung im Jahre 1926 erhielt er von gegnerischer Seite einen Schlag gegen den Fuß, der durch einen früheren Grubenunfall schon beschädigt war. Daraus entwickelte sich eine Entzündung, die, obwohl sie recht schmerzhaft war, von Cool nicht gehörig beachtet worden ist und schließlich zu einer allgemeinen Bluterkrankung führte, die zu Anfang dieses Jahres die Amputation des rechten Beines not-

Der wirkliche Sinn der Nazibewegung.

Im thüringischen Landtagswahlkampf im Jahre 1929 hielt der Naziabgeordnete und Gauleiter Sauckel in einer Versammlung in Meiningen eine Rede, an die die „Dresdner Volksztg.“ in ihrer Ausgabe vom 16. August 1930 erinnert. Nach diesem Blatt erklärte Sauckel u. a.:

„Die Nationalsozialisten sind keine Sozialisten. Die heutige Gesellschaftsordnung und die Wirtschaftsordnung muß erhalten bleiben. Das Privateigentum an beweglichem und unbeweglichem Kapital bleibt erhalten. Nur Juden dürfen keins besitzen. Die Nazis sprechen mit dem Arbeiter mit Hilfe der Faust. Diese Sprache versteht er am besten. Die Nationalsozialisten sind stolz darauf, daß sie vollbracht, was das Bürgertum in langen Jahrzehnten nicht schaffte: einzudringen in die Arbeiterschaft und deren Organisationen zu zerstören.“

Der Ausgang der englischen Wahlen mit ihrem ungünstigen Ergebnis für die Arbeiterpartei veranlaßt das Naziblatt „Breuerische Zeitung“ (Königsberg) in Nr. 232 vom 29. Oktober 1931 zu folgender ungeheuerlichen Beschimpfung der Arbeiter:

„Wenn wir die Teilergebnisse in Deutschland in der letzten Zeit mit dieser englischen Wahl vergleichen, so bedeuten auch sie mit ihrer starken Zunahme des nationalen Sozialismus den entschlossenen Willen des nordischen Herrenbluts, die rebellierenden Rassen der Minderwertigen im Zanne zu halten.“

So, jetzt wißt ihr es, ihr Arbeiter! Die Nazibewegung ist dazu da, die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen, damit das nordische Herrenblut über euch rebellierende Minderwertige siegt. Genügt euch das?

Bis dahin muß die Belegschaft in Alarmzustand versetzt werden, um den Schlag der Unternehmer zu parieren.

Im Anschluß an die Lohnregelung im Kölner Braunkohlenrevier wurden auch für das Dürener Braunkohlenrevier für den 24. Oktober Verhandlungen angesetzt. Die Unternehmer verlangten einen Lohnabbau von 10 Pf. je Stunde und Kürzung des Hausstandsgeldes um 10 Pf. je Schicht. Von den Gewerkschaften wurde jede Verschlechterung mit dem Hinweis auf die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiter abgelehnt. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, riefen die Unternehmer den Schlichter an. Die Schlichtungsverhandlungen fanden am 24. Oktober in Köln statt. Es wurde ein Schiedspruch gefällt, der anschließend von beiden Parteien angenommen wurde. Er hat folgenden Wortlaut:

1. Mit Wirkung von der laufenden Lohnwoche ab wird die zur Zeit geltende Lohnregelung mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß als Einzellöhne wieder die Sätze der Lohnstafel vom 1. September 1928 gelten; der Spitzenlohn des gelernten Handwerkers über 20 Jahre beträgt jedoch 87 Pf.

2. Die Lohnregelung ist erstmalig am 1. um letzten Februar 1932 kündbar und dann jeweils mit Monatsfrist zum Monatsende; tritt jedoch für das Dürener Revier vorher eine Preisermäßigung in Kraft, so kann sofort neu verhandelt und geschlichtet werden.“

Die Regelung für den Kölner Braunkohlenbergbau sieht eine Kürzung der Löhne um generell 5 Pf. je Stunde vor. Die Löhne im Dürener Braunkohlenbergbau werden in der oberen Lohnstufe um 6 Pf. und in der unteren um 1 bis 3 Pf. je Stunde abgebaut. Das Hausstandsgeld wird in der bisherigen Höhe weiter gezahlt. Diese Regelung konnte erst nach hartem Kampfe mit den Unternehmern erzielt werden. Er wurde beendet durch die Erklärung des Schlichters, daß er für einen Abbau der Soziallöhne nicht zu haben sei, besonders nicht in der jetzigen Zeit.

wendig machte. Bis dahin hatte sich Cool keinerlei Schonung auferlegt und wenige Wochen nach der Operation nahm er bereits seine Tätigkeit wieder auf. Die Vorbereitungen für die Internationale Arbeitskonferenz ließen ihm keine Ruhe. Eine fiebernde Hast schien diesen Mann gepackt zu haben. Allen Einwendungen der Ärzte zum Trotz unterzog er sich beschwerlicher Auslandsreisen. Ueberall war er der anerkannte Wortführer des englischen Bergarbeiterverbandes. Sein Anteil am dem Zustandekommen des internationalen Rahmenabkommens über die Verkürzung der bergbaulichen Arbeitszeit ist nicht gering zu veranschlagen. Seine große Genfer Plenarrede vom 16. Juli 1931 war mehr als eine Streitrede zur Verteidigung der Arbeitszeitverkürzung, sie war ein großes gewerkschaftliches und menschliches Bekenntnis, ein Bekenntnis zum Völkerverfrieden und zur sozialen Gerechtigkeit, wie es beredter nicht abgelegt werden kann. Tief und nachhaltig war der Eindruck dieser Rede. Kurz darauf sahen wir ihn in Wien zur Tagung des Internationalen Bergarbeiterkomitees und der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Dann ging er zurück nach England, um hier im September auf dem britischen Gewerkschaftskongress in Bristol die Politik des englischen Verbandes zu vertreten. Dies war sein letztes öffentliches Wirken. Er mußte zurück zum Krankenhaus, um nach furchtbaren Qualen aufs neue operiert zu werden. Zu spät! Seine Lebenskraft war gebrochen. Am Morgen des 2. November wurde er von seinen Schmerzen erlöst.

Ein reich bewegtes Leben ging damit zu Ende. 1885 als Sohn eines Soldaten geboren, wurde er mit 12 Jahren Bauernjunge und ging mit 16 Jahren im Walsley Bergbau zur Grube. Sehr bald schloß er sich dem Bergarbeiterverband an und wurde, wie das bei vielen englischen Arbeiterführern der Fall ist, fast religiös beeinflusst und trat als Baptistenprediger auf. Seine Religiosität war stark aktiv und hielt ihn davon ab, ein guter Gewerkschafter zu werden. Er stand für seine Sache ein und mußte 1918 und dann noch einmal 1921 wegen „aufrührerischer“ Reden sogar mit dem Gefängnis Bekanntschaft machen. Das war seine ungestüme Periode, die ihn nicht selten auch in Konflikt mit seinen Gewerkschaftskollegen brachte. Auch in der Internationale gab es anfangs manche hitzigen Auseinandersetzungen mit ihm, schien doch zeitweilig sein Weg mehr nach Moskau als nach Amsterdam zu führen. Cool ist allerdings nie kommunist geworden, obwohl sich die kommunistische Internationale viel Mühe darum gegeben hat. Schließlich war Cool immer wieder Engländer, d. h. im Grunde zu nüchtern, um nicht die Einzigartigkeit des russischen Experiments zu begreifen. So haben ihn die Kommunisten zum Schluß nicht gerade freundlich gegenüberstanden. Um so herzlicher wurden die Beziehungen zu seinen Freunden in der Internationale, und die deutschen Kameraden wissen, daß in Cool ein Mann dahingegangen ist, der für die ungeheuren Schwierigkeiten der deutschen Lage volles Verständnis zeigte und ein besonders herzliches Freundschaftsband zwischen dem deutschen und dem englischen Bergarbeiterverband geknüpft hat. Dieses Vermächtnis unseres toten Freundes werden wir in Ehren bewahren und weiter pflegen!

Die Betriebskonzentrationsbewegung in der Ruhrmontanindustrie.

In der Entwicklung der Konzentrationsbewegung der Betriebe in der Ruhrmontanindustrie lassen sich im wesentlichen drei Etappen feststellen. Die erste Etappe steht unter dem Zeichen der freien Marktverfassung, die zweite unter dem Einfluß der Syndikate und die dritte Etappe unter den Auswirkungen des Versailler Vertrages.

I.

Die Anfänge der Konzentration sind um die 1870er Jahre zu suchen. Sie setzt in dem Zeitpunkt ein, als ein beachtenswerter Teil der Montanbetriebe des Ruhrgebietes die Grenze des Großbetriebs überschritten hat. Mit dem Ueberstreifen dieses bestimmten Typs, des Großbetriebs, beginnen aber auch die ersten Verflechtungen zwischen Eisenindustrie und Bergbau sich anzubahnen. Das Motiv zu dieser Konzentrationsbewegung vertikaler Art, wie wir sie besonders ausgehend von Krupp durch Erwerb der Zeche Hannover, vom Bochumer Verein durch Ankauf der Gewerkschaft Ber. Maria Anna und Steinbank beobachten können, wird vor allem die Sicherstellung der Roh- und Halbfabrikatversorgung in bezug auf Quantität, Qualität und Preis gewesen sein. Im übrigen hielten sich diese Angliederungen in geringen Grenzen. Sie waren ferner begründet in der Eigenart des Erzeugungsprogramms der betreffenden Unternehmen und geschahen streng nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit. Irgendwelchen expansiven Charakter aus machtpolitischer Tendenz kann man an ihnen noch nicht entdecken.

Unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit durch Vereinheitlichung in der Verwaltung, Ausnutzung technischer Neuerungen usw. vollzog sich auch die Ausbildung der horizontalen Konzentrationsbewegung, d. h. die Vereinigung von Betrieben mit gleichartiger Produktionsstufe. Sie ging aus insbesondere von der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, der Harpener Bergbau-AG, den Haniel'schen Bergwerken usw.

II.

Mit der Syndizierung von Kohle und Eisen trat ein vollkommener Umschwung in der Entwicklungstendenz der Montanindustrie ein. Die Ursache dieser nunmehr beginnenden und vollen Entfaltung der Konzentrationsbewegung der Betriebe war vor allen Dingen begründet einerseits in dem Aufbau der Syndikate, andererseits dadurch, daß die Werke infolge der jetzt nur indirekten Berührung mit dem Markt das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf die Betriebsphase verlegten, um von hier aus Einfluß auf die Syndikate und den Absatz zu erlangen.

Der erste Syndikatsvertrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats von 1893 ließ für die Konzentration folgende Möglichkeiten offen: Einmal durch die Uebertragbarkeit der Syndikatsquote, dann aber dadurch, daß den Zechen für die Anlage einer neuen Schachtanlage eine jährliche Mehrbeteiligung von 120 000 Tonnen zugesprochen wurde.

Die Wirkung dieser Bestimmung war, daß bald ein Wettrennen um die Erhöhung der Quote einsetzte, um die Position im Syndikat zu stärken, dann aber um durch die Mehrbeteiligung die Wirtschaftlichkeit der Betriebsanlagen zu erhöhen. Wer aber konnte von diesen Bestimmungen in der Hauptsache im ausgiebigen Maße Gebrauch machen? Es konnten dies in der Hauptsache nur die in der nördlichen Zone belegenen Zechenunternehmen, wie die Gelsenkirchener Bergwerks-AG, die Harpener Bergbau-AG, die Gewerkschaften Lothringen und Konstantin usw., die dann auch die Hauptträger der nunmehr beginnenden Konzernbewegung wurden, und zwar aus folgenden Gründen:

1. durch den Besitz bedeutender, noch nicht in Abbau befindlicher Kohlenfelder,
2. durch die größere Rentabilität der Anlagen angesichts der besseren Auswertungsfähigkeit und Marktängigkeit der hier lagernden Kohlen,
3. durch die größere Kapitalkraft.

Daneben trug die Preispolitik der Syndikate nicht wenig zur Konzentration bei. Die Tendenz der Kartelle, die Preise so zu stellen, daß auch das unter ungünstigsten Verhältnissen erzeugende Werk noch existieren kann, mußte sich naturgemäß in den Produktionskosten der Eisen- und Hüttenwerke auswirken und sie im Wettbewerb mit dem Ausland stark benachteiligen, um so mehr, als in Depressionszeiten an Stelle von Preissteigerungen oft infolge der Einschränkung der Kohlen- und Kokszeugung weitere Preiserhöhungen erfolgten. So wurden in der Aufschwungs- und Depressionsperiode 1895-1900-1902 je Tonne folgende Durchschnittspreise für Kohlen und Koks von den Syndikaten erzielt:

Jahr	Hochofenkoks 1. Sorte	Kohle
1895	11,00 M.	8,50 M.
1896	12,00 M.	8,50 M.
1897	13,00 M.	9,00 M.
1898	14,00 M.	9,60 M.

Jahr	Hochofenkoks 1. Sorte	Kohle
1899	14,50 M.	9,60 M.
1900	22,00 M.	9,60 M.
1901	22,00 M.	10,00 M.
1902	15,00 M.	10,00 M.)

Diese Härten der Preisbewegung mußten gerade in Zeiten eines konjunkturellen Abfalls scharf hervortreten, und die Folge davon war, daß um die Wende des 20. Jahrhunderts die meisten der bedeutenderen Hütten- und Eisenwerke sich durch Angliederung von Zechen bzw. Ausdehnung der Kohlenbasis von den Syndikaten unabhängig zu machen versuchten. So vor allem auch die lothringischen Werke.

Weit stärker war indessen der Anstoß, den die Konzentrationsbewegung durch die Erneuerung des Kohlen-Syndikats und durch das Zustandekommen des Stahlwerksverbandes im Jahre 1903 erhielt, zumal die Vertragsbestimmungen der Syndikate direkt zur vertikalen Umbildung drängten.

Die Ursache dieser verstärkten Vertikalkombinationsbewegung lag darin, daß der Selbstverbrauch an Kohle und Halbzeug von der Ablieferung an die Syndikate befreit blieb. Die Wirkungen dieser Bestimmungen zeigten denn bald, daß die Werke dazu übergingen, sich die Vor- und Endstufen der Produktion anzugliedern, da hierdurch das Kostenelement eine ganz erhebliche Verringerung erfuhr.

Was die horizontale Konzentrationsbewegung betrifft, so blieb bei der Erneuerung des Kohlen-Syndikats zwar die Uebertragbarkeit der Quote bestehen, doch wurden 1903 die Bestimmungen betreffend Erhöhung der Beteiligungsziffer dahingehend geändert, daß die Erhöhung nicht mehr von der Anlage eines neuen Schachtes abhängig gemacht wurde, sondern von der jeweiligen Marktfrage, und zwar die Mehrbeteiligung gleichmäßig verteilt auf sämtliche Mitglieder. Aber der Effekt blieb so ziemlich der gleiche, indem nur die leistungsfähigen nördlichen Bergbaunternehmungen diese Chance ausnützen konnten mit dem weiteren Erfolge, daß ihnen jetzt sogar die bedeutenden Investitionskosten für die sogenannten Blindschächte, die angelegt wurden, um die Chance einer Mehrbeteiligung von 120 000 Tonnen gemäß dem ersten Syndikatsvertrage auszunützen, erspart blieben und ihre wirtschaftliche Kraft dadurch eine weitere Stärkung erfuhr.

Diese durch das Vorhandensein der Syndikate hervorgerufene Konzentration ging natürlich zuletzt weit über das Maß des wirtschaftlich Notwendigen hinaus und machte einer Konzentrationsbewegung aus reiner Machtentfaltung Platz. Dies zeigt sich denn auch bald in der Ausweitung der Produktionsstärke von einigen wenigen Unternehmen, die sich diese Vöden der Syndikatsverträge zunutze gemacht hatten und machen konnten, andererseits aber in der Unterlegenheit und in dem Verschwinden jener Werke, die diese Konzentrationsbewegung nicht mitmachen angepaßt hatten, indem sie ihren Zechenbesitz erweiterten oder sich die Rohmaterialunterlage, sei es in bezug auf Kohle und Erz, Roheisen und Halbzeug verschafften oder den Uebergang in die Verfeinerungsstufe vollzogen.

Die nachstehenden, von Goldschmidt zusammengestellten bedeutendsten Unternehmen der Ruhrmontanindustrie gehen von dieser Entwicklung und Umrichtung als Folge der Syndikatsverträge ein breites Beispiel:

Unternehmen	Syndikatsziffer 1893
Gelsenkirchener Bergwerks-AG	2 929 600 To.
Harpener Bergbau-AG	2 899 900 To.
Hibernia	1 589 600 To.
Haniel'sche Gewerkschaft	1 456 900 To.
Urenberg Bergwerks-AG	1 082 800 To.
Stinneszechen	1 062 100 To.
Konfolidation	1 050 200 To.
Dahlbusch	829 300 To.
Dannenbaum	727 800 To.
Friedr. Krupp	705 300 To.
	1909-10
Gelsenkirchener Bergwerks-AG	8 200 000 To.
Harpener Bergbau-AG	6 713 000 To.
Deutsch-Lux	5 500 000 To.
Haniel'sche Gewerkschaft	5 615 000 To.
Phönix	5 400 000 To.
Hibernia	5 084 000 To.
Funkzechen	3 087 000 To.
Gutehoffnungshütte	3 127 000 To.
Deutscher Kaiser	3 800 000 To.
Stinneszechen	2 507 000 To.

*) Emil Müllig, Eisen- und Kohlenkonjunktur seit 1870, 3. Auflage, Augsburg 1925, S. 19 und 22.

Während 1893, bei Gründung des Kohlen-Syndikates, von den zehn größten Unternehmungen des Ruhrgebietes sämtliche, bis auf Krupp, reine Kohlenunternehmen waren, so war in den Jahren 1909-10 von den zehn größten Unternehmen die Hälfte vertikal kombiniert. Ihre Gesamtquote im Stahlwerksverband betrug 48 Prozent. Ihr Anteil an der Gesamtförderung des nieder-rheinisch-westfälischen Kohlenbezirks im Jahre 1893: 36,6 Prozent, im Jahre 1909-10: 59,3 Prozent. *)

III.

War die Konzentration in der Montanindustrie vor dem Kriege zum größten Teil durch das Vorhandensein der Syndikate hervorgerufen worden, so stand die Weiterbildung der Zusammenschlußbewegung nach Beendigung des Krieges im wesentlichen unter dem Einfluß der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Lage. Diese hierdurch verursachten Umrichtungen waren weniger organischer als vielmehr struktureller Natur. Einmal in Hinblick der Aufgabe der mit dem nieder-rheinisch-westfälischen Industriegebiet arbeitslos verbundenen lothringischen Schwerindustrie, dann aber durch den zu dieser Zeit herrschenden enormen Kohlenmangel.

Beide Momente verstärkten ganz besonders die Tendenz zum weiteren vertikalen Aufbau, und diese griff nun auch auf solche Werke der Verfeinerung über, bei denen der Kohlenverbrauch im Produktionsprozeß nicht die Rolle spielte wie bei der eisenschaffenden Industrie, erstere aber, um überhaupt mit Brennstoffen versorgt zu werden, Anlehnung an Bergwerksunternehmen bzw. Kongerne suchten. So ist denn innerhalb kürzester Frist ein weiterer Teil der noch vorhandenen reinen Kohlenunternehmen vertikal gegliedert. Unter anderen die Gewerkschaft Ber. Konstantin der Große durch den IG-Vertrag mit Krupp, die Gewerkschaft Lothringen durch den IG-Vertrag mit Henschel und den Essener Steinkohlenbergwerken, die Bochumer Bergwerks-AG durch den Anschluß an das Stahlwerk Becker.

Eine weitere Anknüpfung erhielt die Zusammenschlußbewegung durch die den deutschen Industriellen für ihre lothringischen Werke gezahlten Entschädigungen. Die betreffenden Industriellen erkannten bald, daß durch die inzwischen radikal eintretende Inflation diese Beträge bei Aufnahme des Neubaus von Werksanlagen schnell entwertet worden wären und daher einen Zweck versahen hätten. Sie verlegten sich deshalb darauf, auf spekulativem Wege in den Besitz bereits bestehender Unternehmungen zu kommen. Welche Vorteile sie dabei erzielten, geht aus dem Beispiel des Aufkaufs des Bochumer Vereins hervor. *) Dieser, der 1914 bei Ausbruch des Krieges ein Aktienkapital von nominell 36 Millionen Mark, 1919 aber ein solches von nominell 70 Millionen Mark hatte, konnte in der Zeit seines Ueberganges auf die Siemens-Rhein-Ebe-Union für einen Bruchteil seines realen Wertes erworben werden. Einen typischen Fall der in diese Zeit fallenden Besitzverchiebungen geben aber die Westfälischen Stahlwerke AG, Bochum, ab. Im Jahre 1917 wurde das Werk mit der Bismarckhütte (Ober-Schlesien) verschmolzen. Durch den Uebergang der Aktienmehrheit der Bismarckhütte auf die Charlottenhütte kamen die Stahlwerke 1920 an die Charlottenhütte. Die Charlottenhütte schied jedoch bald die Westfälischen Stahlwerke wieder als selbständige Gesellschaft mit 7,8 Millionen Mark Aktienkapital aus, aber bereits kurz danach, am 3. August 1921, erwarb die Kombacher Hütte den Aktienanteil der genannten Gesellschaft. Bei der Kombacher Hütte verblieben die Westfälischen Stahlwerke bis zum Jahre 1925, um alsdann auf die Vereinigten Stahlwerke AG überzugehen. *) Die immer stärker einsetzende Inflation erhöhte auch das Tempo der Zusammenschlußbewegung immer mehr, ließ sie aber auch weit über das Maß des Erstrebenswerten hinausgehen, so daß, als die Stabilisierung der Mark erfolgte, diese übermäßig gesteigerte Konzentration den meisten Konzernen mehr zum Verhängnis als zum Vorteil wurde.

Trotz der stark überspannten Expansionsbewegung läßt sich auch in dieser Zeit in den Angliederungen eine einheitlich innere Tendenz, nämlich die weitestgehende Vereinigung sämtlicher Produktionsstufen, vom Roh- bis zum Endprodukt, sowie gleichzeitige Uebernahme der Handelsfunktion bis möglichst an den letzten Konsumenten, nicht verkennen. Das Kernproblem ist also hier, den gesamten Produktions- und Verteilungsprozeß durch Ausschaltung sämtlicher überflüssigen Zwischenglieder in einem Akt zusammenzufassen, um dadurch die Kosten zu verringern. (Schluß folgt.)

*) C. Goldschmidt, Ueber die Konzentration im deutschen Kohlenbergbau, Karlsruhe 1912, S. 67 bis 69.

*) Durchschnittskurs des Bochumer Vereins 1912 bis 1914 = 209 Prozent, vom 30. Juli 1920 bis 21. Oktober 1920 = 577 Prozent, Durchschnittskurs des Dollars vom 1. August 1920 bis 21. Oktober 1920 = 57 M.

*) Baedeker, Jahrgang 1921, S. 559.

Werbt neue Mitglieder!

Distussion über Zeitfragen.

Wege zur Goldhortung. Frankreich macht aus Papier-Gold. Gefahr des Zusammenbruchs. Die Aufgabe der Arbeiterschaft.

„Wir haben uns sehtin darüber unterhalten, daß der Ausweg aus der Krise nur über eine internationale Zusammenarbeit und Verständigung führt. Das hätte zur Voraussetzung, daß alle Völker gleichberechtigt sich gegenüberstehen. Nun ist aber bekannt, daß das heute noch keineswegs der Fall ist. Ich denke hierbei vor allem an Frankreich, das doch geradezu eine beherrschende Stellung gegenüber den anderen, insbesondere europäischen Völkern, innehat. Nun interessiert mich jetzt einmal weniger, wie sich das zugunsten der anderen Völker ändern soll, sondern mehr, wie Frankreich diese überragende Machtstellung sich überhaupt schaffen konnte.“

„Nun, diese beherrschende Stellung beruht, wie du doch sicherlich aus den Tageszeitungen gelernt haben wirst, auf der finanziellen Vorherrschaft Frankreichs, also auf seinem ungewöhnlichen Gold- und damit auch Geldreichtum.“

„Jawohl; und das Geheimnis dieses Goldreichtums Frankreichs kennen lernen, ist eben gerade das, was ich möchte.“

„Ja, hast du denn überhaupt noch nichts darüber gelesen? Es wird doch in letzter Zeit immer so viel darüber geschrieben.“

„Das wohl, aber was ich darüber gelesen habe, befriedigt mich nicht.“

„Was zählt besonders dazu?“

„Nun, man sagt, der französische Goldreichtum sei ein Produkt der besonderen Veranlagung des französischen Bürgers zur Sparsamkeit. Aber der französische Bürger kann doch höchstens Papierfrank sparen, da er ja genau wie wir Deutsche, kein Gold in die Hand bekommt.“

„Sehr gut! Das Gold, das Frankreich besitzt, es sind gegenwärtig ungefähr zehn bis zwölf Milliarden Mark, muß es vom Ausland bekommen haben, kann also nicht in Frankreich selbst erspart worden sein.“

„Da bliebe also die Frage, wie Frankreich aus dem Ausland soviel Gold hereinnehmen kann.“

„Ganz recht, so ist die Frage. Und da gibt es nur folgende Möglichkeiten: Entweder zwingt Frankreich durch Gewalt die

anderen Länder, ihm ihr Gold abzuliefern, oder es kauft sich einfach das Gold bei den Notenbanken (Reichsbanken) der anderen Länder.“

„Nun, das erstere trifft zum Beispiel zu über den Weg der Reparationszahlung. Hier sind wir Deutsche ja tatsächlich gezwungen, an Frankreich Gold abzuführen.“

„Sehr gut; nur führen wir ja auch kein Gold nach Frankreich aus als Reparationen. Das heißt zwar nicht, daß wir Papiermark an Frankreich zahlen können, sondern wir zahlen einmal mit Waren und dort, wo wir nicht direkt Waren liefern, da müssen wir zuerst französische Franc oder amerikanische Dollar oder englische Pfund usw. kaufen für soviel Mark, als Frankreich von uns als Reparationen zu bekommen hat. Mit anderen Worten: Wir müssen Devisen kaufen, die dann an Frankreich ausgezahlt werden können.“

„Ach so; und dann kann Frankreich mit diesen Devisen in den Ländern, von dem sie gekauft wurden, Gold aufkaufen.“

„Das sagst du sehr richtig, denn tatsächlich müssen die Länder mit Goldwahrung ihre Geldnoten (Devisen), also ihr Papiergeld, gegen Gold eintauschen. Nur ist es so, daß selbst dann, wenn Frankreich für seine ganzen Reparationen im Auslande Gold gekauft hätte, das nicht acht Milliarden Mark ausmachen könnte, die Frankreich in den letzten Jahren gehamstert hat und heute mehr besitzt, als man ihm normalerweise zurechnen könnte, weil Frankreich einen großen Teil der Reparationen an Amerika abzahlen muß, das ihm im Kriege Geld geliehen hatte. Frankreich behält zum Beispiel aus dem Young-Plan nur jährlich vierhundert Millionen Goldmarkwert für sich, den es dazu zum weitaus größten Teil für Wiederaufbauarbeit seiner zerstörten Gebiete verwenden muß.“

„Ja, aber dann muß es doch auf anderem Wege Devisen bekommen haben, mit denen es Gold im Auslande gekauft hat.“

„Zweifellost!“

„Und auf welchem Wege kann man noch ausländisches Geld, also Devisen, ins Land hereinbekommen?“

„Da gibt es normalerweise nur drei Möglichkeiten. Erstens: wenn ein Land mehr Waren ins Ausland verkauft,

also ausführt, als es vom Ausland einkauft, also einführt. In solchem Falle verbleibt ihm ein Ueberschuß. Zweitens: wenn mehr Fremde, also Ausländer, in ein Land zu Besuch kommen, als aus diesem Land Angehörige ins Ausland fahren. Auch dann bringen diese Fremden ja Devisen mit, die sie im Lande wechseln lassen müssen. Drittens: wenn ein Land aus Dienstleistung hohe Einnahmen vom Ausland bezieht, zum Beispiel in Form von Schiffsfrachten, also wenn die Handelsflotte eines Landes für fremde Länder mehr Waren befördert und dafür Bezahlung erhält, als umgekehrt.“

„Es wäre also nun zu fragen, ob Frankreich diese Möglichkeiten in so reichem Maße besaß und noch besitzt. Und da darf wohl das letztere und das erstere nicht allzu stark in Anrechnung kommen, da ja die französische Handelsflotte keine besonders überragende Rolle spielt und der französische Ueberschuß in den letzten Monaten gar einen Einfuhrüberschuß, also Devisenverlust, aufweist.“

„So ist es. Es bliebe also höchstens der Fremdenverkehr, der sicher viel Geld der Ausländer hereinbringt, aber keineswegs den jetzt vorhandenen Goldüberschuß Frankreichs erklärt.“

„Dann muß es sich also, wenn das Geheimnis sich nicht durch normale Vorgänge erklären läßt, hier um anormale Dinge handeln. Und das muß ja auch so sein, denn wenn es sich hier um eine normale Entwicklung handeln würde, dann müßte ja Frankreich in absehbarer Zeit das ganze Gold aller Länder besitzen, zumindest aber einen unermeßlichen Geld- und Devisenreichtum beifortschreitender Verarmung der übrigen Welt. Aber nur sage mir, wie denn überhaupt noch da ein Weg offen bleibt, über den der Einstrom des Goldes nach Frankreich sich vollziehen konnte.“

„Das ist eine sehr interessante, nur aus den modernen privatkapitalistischen Verhältnissen heraus erklärbar Sache. Es handelt sich hier um einen privatkapitalistischen Geschäftskniff, gestützt auf die Angstpsychose, die zur Zeit die Weltfinanz befallen hat in der Sorge um ihr durch die Wirtschaftskrise „überflüssig“ und freigewordenes Geld.“

„Ach verstehe das nicht richtig.“ (Fortsetzung untern.)

Zum Kampf um die Knappschaftsversicherung.

Die Bergarbeiterverbände richteten unter dem 5. November d. J. bezüglich der Knappschaftspensionsversicherung folgende Eingabe an den Reichsarbeitsminister:

„Sehr geehrter Herr Minister! Laut Pressemeldung ist Ihnen mit Datum vom 6. Oktober d. J. vom Reichsverband der deutschen Industrie (Fachgruppe Bergbau) eine Eingabe unterbreitet worden. In der die Umgestaltung der bergmännischen Berufsversicherung gefordert wird. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß das Arbeitsministerium im Augenblick in eine ernsthafte Erörterung dieser Forderung eintritt, so halten es die unterzeichneten Bergarbeiterverbände dennoch für ihre Pflicht, gegen diese Forderung ihre warnende Stimme zu erheben.“

Die Knappschaftliche Pensionsversicherung ist schon Jahrhunderte alt. Sie hat gute und schlechte Zeiten durchlebt und überstanden. Aber niemals, selbst nicht in Zeiten der schlimmsten Wirtschaftskrisen, ist der Gedanke aufgetreten, die Versicherung der Arbeiter, die unter den größten Gefahren für Leben und Gesundheit zu arbeiten haben, als etwas Zufälliges und Nebenständliches zu betrachten. Mit dieser Forderung müßte konsequenterweise auch die Umgestaltung oder Beseitigung der besonderen Berufsversicherungen der Gemeinde-, Post-, Eisenbahn- und preußischen Elektrizitätsarbeiter verbunden sein. Ein schreckliches Unrecht würde begangen, wenn man die Berufsversicherung der Bergarbeiter in der von den Unternehmern geforderten Form umgestaltete, die der anderen Berufe aber als Hauptversicherung bestehen ließe. Berechtigter Unwille und empörende Verärgerung würden bei den Bergarbeitern ausgelöst werden. Die invaliden Bergarbeiter auch noch unter den Folgen einer überpannten Rationalisierung leiden zu lassen, wäre etwas Furchtbares.

Wir bezweifeln auch sehr stark, daß durch die Umgestaltung der Versicherung die von den Unternehmern gewünschte und erhoffte Vereinfachung und bessere Ueberblicklichkeit der Gesetzesbestimmungen eintreten. Nach allen Erfahrungen wird das Gegenteil erreicht werden. Die erhofften geldlichen Erfolge werden völlig ausbleiben. In der Knappschaftspensionskasse waren am 1. Sept. d. J. rund 496 000 Bergarbeiter versichert. Schätzungsweise sind davon 60 Prozent mit wesentlich bergmännischer Arbeit beschäftigt. Das Beitragsaufkommen betrug am 1. Juli d. J. 8,9 Mill. M., die Reichshilfe 6 Mill. M. Dem stand eine Leistungsausgabe von 13,6 Mill. M. gegenüber. Durch die siebenprozentige Lohnkürzung, die am 1. Oktober d. J. in fast allen Bergbaubetrieben eingetreten ist, wird das Beitragsaufkommen wesentlich geschwächt. Wollte man den Anregungen der Unternehmer folgen und nur die mit wesentlich bergmännischen Arbeiten beschäftigten Bergarbeiter der Knappschaftspensionsversicherung unterstellen, dann nähme man der Arbeiterpensionskasse 40 Prozent der Beitragszahler. Da sie aber die vorhandenen Leistungsempfänger weiter zu betreuen hätte, weil sich schwerlich ein anderer Versicherungsträger ihrer annimmt, würde das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern noch katastrophaler verschoben, als es jetzt schon der Fall ist. Es würde dann nicht auf 1,75 aktive Mitglieder ein Invalide entfallen, wie es am 1. September d. J. war, sondern schon auf 0,9 bis 1,1 Mitglied ein Invalide gezählt werden. Statt einer Besserung würde eine Verschlechterung der Finanzlage eintreten. Selbst wenn man dem abwegigen Gedanken einer Leistungskürzung näherträte, um das Ausmaß der Versicherungsleistung der Leistungsfähigkeit des Bergbaues anzupassen, wie es die Unternehmer in ihrer Eingabe fordern, ist mit einer finanziellen Erleichterung der Pensionskasse ebenfalls nicht zu rechnen, es sei denn, daß man die Leistungen bei sehr hoher Beitragspflicht auf ein Maß herabsetzte, das den Sinn einer Versicherung geradezu lächerlich erscheinen ließe.

Die durchschnittliche Pension eines Invaliden (ohne Kindergeld) betrug am 1. Juli d. J. pro Monat 48,20 M., die Witwenpension 24,12 M., das Waisengeld 1,19 M. Nach unserer Meinung können diese Beträge nicht mehr gekürzt werden. Sie haben die unterste Grenze dessen erreicht, was man einem Arbeiter, der durchschnittlich 20 Jahre Beiträge zu seiner Versicherung gezahlt hat, anbieten darf. Gewährt man dem Bergarbeiter sofort bei seiner Berufsunfähigkeit die Reichsrente, die im ersten Halbjahr 1931 durchschnittlich 52 M. je Monat betrug und verringerte die Leistungen der Knappschaftspensionskasse um 50 Prozent und betrachtete sie als Zusatzleistung, so könnte ebenfalls an eine Herabsetzung der augenblicklich gezahlten Beiträge nicht gedacht werden. Man schaffe aber ein Mißverhältnis zwischen Beitrag und Leistung, das sich katastrophal auswirkt und den Zerfall der Knappschaftspensionsversicherung zur Folge hätte.

Aus diesen wenigen Einwendungen, die wir gegen die Eingabe der Unternehmer erheben, werden Sie, Herr Minister, sicherlich zu der Ueberzeugung kommen, daß an dem Bestand der bergmännischen Berufsversicherung nicht gerüttelt werden darf. Bei Anerkennung und Würdigung der schwierigen Finanz-

lage des Reiches bleibt unseres Erachtens kein anderer Weg übrig, als daß das Reich vorübergehend Hilfe gewährt, um der Knappschaftspensionsversicherung über die augenblicklich schwierige Zeit hinwegzuhelfen. Wir bitten deshalb, baldigst in eine Erörterung der Hilfsmöglichkeiten, die nach dem 1. April 1932 anzuwenden sind, eintreten zu wollen.“

Sher mit der Umlage für die Knappschaft!

„Die Knappschaft“, das Publikationsorgan der Reichsknappschaft, bringt in ihrer Nummer 10 vom Oktober 1931 unter dem Titel: „Die Arbeiterpensionskasse im Bergbau“ eine Abhandlung, in der Ministerialdirektor Dr. Grieser zur Lage der Knappschaftspensionsversicherung Stellung nimmt. Dr. Grieser ist den Vertretern der versicherten Bergarbeiter nicht unbekannt, hat er doch seit Gründung der Reichsknappschaft als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums an allen Hauptversammlungen der Reichsknappschaft teilgenommen. In Wort und Schrift hat er auch mehrmals ausgesprochen, daß der Bergmann Anspruch auf vollkommenen Betriebschutz und angemessene Versicherung bei Krankheit, Unfall und Invalidität hätte. Auch in der angeführten Abhandlung bricht er für die Bergarbeiter eine Lanze. Seine Ausführungen können im allgemeinen von uns unterstrichen werden. Den Abschnitt, der von der Umlage vom Produkt für die Knappschaft handelt, können wir jedoch nicht widerspruchlos zur Kenntnis nehmen. Ministerialdirektor Dr. Grieser schreibt nämlich:

„Die Bergarbeiterverbände fahnen zeitweilig zur Deckung des Fehlbetrages die Einführung eines sogenannten Förderzinses — Aufschlag auf eine Fördertonne Kohle — ins Auge. Der Vorschlag ist, wenigstens im Augenblick, nicht durchführbar. Wer würde letzten Endes den Förderzins tragen? Hier gibt es drei Möglichkeiten:

Weiblen Löhne und die Preise, dann geht der Förderzins auf Kosten des Bergwerksunternehmers; es droht die Gefahr der weiteren Stilllegung von Zecken und des weiteren Abbaues von Bergleuten.

Wird der Kohlenpreis um den Förderzins erhöht, dann geht der Förderzins auf Kosten der Konsumenten; darin liegt eine Gefahr für den Wettbewerb der deutschen Kohle auf dem Weltmarkt und den befristeten Gebieten.

Weiblen die Gesamtgestehungskosten und die Preise, dann wird die Gefahr einer zweiten Lohnabnahme heraufbeschworen. Ist der Förderzins als ein Aufschlag auf die eingeführte Kohle gedacht, dann liegt ein Kohleneinfuhrzoll vor, der nicht viel einbringt und das Ausland zu Vergeltungsmaßnahmen herausfordert. Der Förderzins wird wohl erst ins Auge gefaßt werden können, wenn die europäischen Kohleneinfuhrländer sich über ihren Anteil am Weltmarkt geeinigt haben.“

Demgegenüber müssen wir bemerken, daß, solange die Regierung zu der Behauptung von Dr. Breitscheid, wonach die Bergbauunternehmer pro Tonne Kohle eine Umlage erheben und diese den rechtsradikalen Organisationen zuwenden, nicht eindeutig Stellung nimmt, die Bergarbeiter sich fragen müssen, warum es unmöglich sein soll, die Umlage für die Knappschaft zu erheben, während die Umlage für Partzien, die dem gegenwärtigen Staat an die Gurgel wollen, trotz aller „Unrentabilität“ des Bergbaues, erhoben wird? Die Bergarbeiter sind im Laufe der Zeit sehr mißtrauisch geworden. Sie sind sehr überzeugt, daß an der Behauptung von Dr. Breitscheid etwas Wahres ist. Man kann sich unter diesen Umständen vorstellen, was sie sich beim Lesen der Ausführungen von Ministerialdirektor Dr. Grieser denken. Erheben die Bergbauunternehmer zur Unterhaltung und den Aufmärschen des Stahlhelms und der Nazis eine Umlage, so kann eine solche auch für die Pensionskasse der Bergarbeiter erhoben werden, ohne daß die Befürchtungen eintreten, die Dr. Grieser anspricht. Deshalb her mit der Umlage für die Opfer des Bergbaues!

Sind die Bergarbeiter minderen Rechts?

Der Umstand, daß die Bergarbeiter der Knappschaftspensionsversicherung unterstehen, hat bei einigen Gemeinden die Ansicht aufkommen lassen, daß sie selbst für die Bergarbeiter und deren Angehörige nichts zu tun brauchen. Kommt nämlich ein Bergarbeiter mit irgendeinem Anspruch zur Wohlfahrtspflege, wird er immer an die Knappschaft verwiesen. Das Bestreben, alles

auf die Knappschaft abzuwälzen, ist seit Jahren zu verzeichnen gewesen und hat nicht wenig dazu beigetragen, die Ausgaben der Knappschaft zu steigern. Soweit die Gemeinden im gesetzlichen Rahmen bleiben, konnte man dagegen nicht viel einwenden, sondern höchstens die Feststellung treffen, daß die Bergarbeiter mit der Beitragszahlung zur Knappschaftspensionsversicherung die allgemeine Wohlfahrtspflege völlig entlastet haben. Gegenwärtig müssen sich aber die Bergarbeiter gegen die hier umschriebene Einstellung der Gemeinden zur Wehr setzen, wenn sie nicht als Staatsbürger minderen Rechts behandelt werden sollen.

Von mehreren Orten wird uns nämlich mitgeteilt, daß die Gemeinden diejenigen Bergarbeiter, die eine Knappschaftsrente erhalten, grundsätzlich von jeder Unterstützung auch in Fällen ausschließen, in denen die Knappschaftsrente nicht an den Wohlfahrtsunterstützungsfah heranreicht. Ein Kamerad aus Effen berichtet uns, daß er von der Knappschaft 61 M. erhalten hat, das Wohlfahrtsamt ihm aber auf Grund dieses Umstandes weder die Beihilfe von Notstandsarbeiten bezahle, noch den fehlenden Betrag an dem Wohlfahrtsunterstützungsfah geben wolle. Dieser Bergmann wird also dafür, daß er zur Knappschaftspensionsversicherung Beiträge gezahlt hat, im gewissen Sinne bestraft. Ein anderer Arbeiter, der gegenwärtig in eine ebenso mißliche Lage wie der Bergarbeiter geraten ist und der keine Beiträge zur Knappschaftspensionskasse gezahlt hat, würde 82 Mark im Monat erhalten. Der Bergmann muß sich aber mit 61 Mark begnügen! Es scheint bald, als ob in letzter Zeit sich alles verschoben hat, um die Bergarbeiter zu benachteiligen. Soll der Bogen nicht überspannt werden, muß die ungerechte Behandlung umgehend beseitigt werden!

Die Knappschaft in der Tschechoslowakei.

Nicht allein in Deutschland, sondern auch in der Tschechoslowakei hat die Knappschaft mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Während aber in Deutschland die Regierung wenigstens noch etwas Verständnis für die Knappschaftsversicherung hat, scheint dieses in der Tschechoslowakei überhaupt nicht der Fall zu sein. Es scheint, daß dort Regierung und Bergbauindustrielle Hand in Hand gegen die Knappschaftsversicherung arbeiten. So bringt der „Glückauf“ (das Fachblatt der deutschsprechenden Berg- und Hüttenarbeiter der Tschechoslowakei) in seiner Nummer 44 einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

„Die Krise der Bergbauindustrie hat die finanzielle Kalamität der Zentralbrüderlade, die die Pensionsversicherung der Bergarbeiter durchführt, ihrem Höhepunkt zugeführt. Die Zentralbrüderlade befindet sich schon seit einigen Jahren in finanziellen Schwierigkeiten. Seit dem Jahre 1926 befaßten sich die gewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisationen und die Regierung mit der Frage der notwendig gewordenen Novellierung der Bergarbeiterversicherung. Soweit sich die Regierung selbst mit dieser Frage beschäftigt hat, wollte sie die Angelegenheit auf Kosten der versicherten Bergarbeiter lösen, indem sie die selbständige Bergarbeiterversicherung aufheben und der allgemeinen Sozialversicherung angliedern wollte.“

Um eine Sanierung der Bergarbeiterversicherung zu erreichen, trägt sich die Regierung mit der Absicht, die bestehenden, ohnehin ungenügenden Renten um ein Drittel herabzusetzen, die Zuwartefrist der aktiven Mitglieder um die Hälfte zu verschlechtern, den Anspruch auf die bedingungslose Witwenrente, die bereits vor 40 Jahren im alten Oesterreich den Bergarbeitern zuerkannt worden ist, abzuschaffen; weiter soll der Anspruch auf eine Invalidenrente bei Unfähigkeit eines Bergarbeiters zur Ausübung seines Berufes an die Bedingung geknüpft werden, er müsse zu jeglicher Arbeit unfähig sein, und schließlich soll die Karenzzeit für die Erlangung einer Altersrente, anstatt diese zu verkürzen, verlängert werden.“

Man will also in der Tschechoslowakei die Pensionierung bei Berufsunfähigkeit abschaffen und den Bergarbeiter nur pensionieren, wenn er unfähig zu jeder Arbeit ist. Ferner versucht man, die Witwenrenten wegfallen zu lassen, sowie die ohnehin niedrigen Pensionen um ein Drittel zu kürzen.

Es scheint, daß die Bergbauindustriellen der verschiedenen Länder voneinander lernen, denn unsere Unternehmer sind ja genau so. Zeit ist es daher, daß sich besonders die noch unorganisierten den Organisationen anschließen, um einig und geschlossen antämpfen zu können gegen die Gelfüste der Bergbauindustriellen, die am liebsten die Abschaffung der Knappschaftsversicherung fähen. Der Regierung aber muß zugerufen werden: „Laf endlich Laten sehen!“ Das gilt bei uns in Deutschland doppelt angesichts der Lage unserer Knappschaft. Wo bleibt die Umlage eines Teils der Beiträge auf die Förderung des Produktes? Will man hier warten, bis die Knappschaft von allen Mitteln entblößt ist, um ihr dann die Pläne der Bergbauindustriellen aufzuzwingen? W.

„Das glaube ich wohl, aber ich werde dir das zu erklären versuchen.“

„Da bin ich aber neugierig.“

„Nun, du kennst doch die Rolle des Goldes in den Tresoren der Notenbanken?“

„Ja, das Gold ist da als Garantie und Sicherheit für das umlaufende Papiergeld.“

„Richtig! Bei uns in Deutschland zum Beispiel soll stets ein Goldwert in der Reichsbank liegen, der vierzig Prozent des Wertes beträgt, den das umlaufende Papiergeld hat. Also wenn wir sechs Milliarden Mark Papiergeld haben, dann müssen zwei Milliarden Goldwert in der Reichsbank gesichert liegen. So ist es in allen Ländern mit Goldwährung, nur daß der notwendige Goldwert nicht überall unbedingt vierzig Prozent des umlaufenden Geldwertes betragen muß. Allgemein schwankt er zwischen fünfundsiebenzig und fünfzig Prozent.“

„Aha, das ist also das, was wir vorher schon erwähnten. Damit soll hauptsächlich dem ausländischen Besucher von Papiermark die Sicherheit geboten sein, daß er dafür Goldwert erhält, den er in jedem Lande benutzen kann.“

„So ungefähr. Und nun suche dir wieder die Frage zu beantworten, wie wohl Frankreich zu dem Golde der anderen Staaten kommen konnte.“

„Leider finde ich hier den Weg nicht. Es muß doch immer jetzt noch zuerst eine Möglichkeit geben, durch die Frankreich in den Besitz von Devisen, also von Papiergeld derjenigen Länder kam, deren Gold es nachher aufkaufte.“

„Eine solche Möglichkeit gibt es tatsächlich noch. Du mußt nämlich wissen, daß man sich Devisen, also fremde Geldsorten, genau so kaufen kann wie andere Waren. Wenn ich zum Beispiel in normalen Zeiten zehn Dollar kaufen will, dann gehe ich zur Bank und frage nach dem Preise, den man im Geldgeschäft Kurs nennt. Ich zahle den geforderten Kurs und erhalte anstandslos meine Dollar.“

„So denkst du also, daß Frankreich sich einfach mit Papierfrank Devisen gekauft hat, um nachher dafür in den betreffenden Ländern Gold einzutauschen. Aber die Sache hat doch einen Haken. Die betreffenden Länder brauchen doch nur das französische Geld, das sie für ihre Devisen bekamen, wieder an die Bank von Frankreich zurückgeben, die ihnen dann ebenfalls dafür Gold zahlen müßte. Damit wäre wieder alles beim alten und das Gold läge ebenfalls wieder an seiner alten Stelle.“

„Ich bewundere deine Scharfsinnigkeit, denn das ist durchaus richtig. Und hier ist jetzt auch der Punkt, wo dieses bisher ganz reelle Geschäft sich auf einen Geschäftskniff zu stützen beginnt.“

„Das ist aber interessant.“

„Sogar sehr interessant. Frankreich hat sich nämlich hier einen reichen und mächtigen Verbündeten gesucht und gefunden. Es hat mit reichen Bankunternehmen, hinter denen besonders der Bankenkönig Morgan steht, verabredet, daß dieselben ihm wohl Devisen verkaufen, aber vorerst die dafür erhaltenen französischen Frank in ihren Tresoren festhalten sollen.“

„Aha, und jetzt konnte Frankreich mit diesen Devisen Gold kaufen, ohne daß dieses Gold wieder zurückgekauft wurde, da ja die verbündeten Banken die Papierfrank bei sich festhielten. Aber das konnten sie auch nicht auf die Dauer so machen, denn sie müssen doch schließlich das Geld weitergeben, wenn sie nicht bankrott gehen wollen.“

„Richtig, jawohl; nur war es so, daß jetzt bald sich freiwillige Leute meldeten, die Devisen gegen Papierfrank anboten, welche sie dann festhielten und wodurch Frankreich immer mehr Devisen und damit auch Gold kaufen konnte.“

„Das kann ich nicht gut verstehen.“

„Nun, du mußt überlegen: Als Frankreich im Verein mit seinen ersten Bundesgenossen in den anderen Ländern Gold aufkaufen konnte, also seinen Goldbestand immer mehr vermehrte, da dachten die Geldbesitzer, daß der Frank ein ganz besonders sicheres Geld sei und zumindest sicherer als das Geld der Staaten, in denen Frankreich das Gold aufkaufte, deren Goldbestand also immer kleiner wurde.“

„Aha, ich verstehe. Und nun wollte jeder sein Geld in den „goldfischeren“ Frank umwechseln. So wurden von den Weltkapitalisten immer mehr Frank gehamstert und Frankreich in die Lage versetzt, für das Geld dieser Kapitalisten, also für die erhaltenen Devisen, immer mehr Gold im Auslande zu kaufen.“

„Du siehst die Sache durchaus klar. Jawohl, so war es. Frankreich konnte ja nun nach Belieben Papierfrank machen und den Weltkapitalisten geben, denn es bekam ja hundert-

prozentige Deckung dafür in Devisen und damit in Gold.“

„Aber das muß doch nachzuprüfen sein, denn dann müßte ja Frankreich seinem Golde entsprechend auch Papiergeld haben.“

„Das hat es auch. Du mußt bedenken, daß die Bank von Frankreich anfangs Oktober 1931 rund zwölf bis vierzehn Milliarden Goldmarkwerte, also Goldreserve, als Garantie für sein Papiergeld besaß, wobei sie gleichzeitig rund einundachtzig Milliarden Papierfrank oder rund dreizehneinhalb Milliarden Mark an umlaufendem Papiergeld aufwies. Dagegen überlegte, daß wir Deutsche nur fünf bis sechs Milliarden Mark und England umgerechnet ebenfalls nur stark sechs Milliarden Mark umlaufendes Geld aufweist.“

„Du meinst also, daß diese gewaltige Milliardensumme an Frank nur deshalb im Verkehr sei, weil eben die Kapitalisten fortwährend Frank gegen Devisen verlangten?“

„Jawohl; es hat nämlich, um es anders zu sagen, eine internationale „Flucht“ in den Frank eingeseht, weil durch die Wirtschaftskrise viel Kapital brachliegt, also keine Verwendung findet, und die Kapitalisten glauben, daß der Frank am sichersten ist.“

„Bestatte mal: hier hörte ich schon einmal, daß Frankreichs Notenreichtum auf langamerem Umlauf des Geldes beruht.“

„Nun, jedenfalls müßte der Geldmechanismus Frankreichs geradezu vorzüglichliche Zustände aufweisen, wenn dort eine so große Umlaufgeschwindigkeit bestünde, daß dieserhalb dreimal soviel Geld notwendig wäre, als in anderen Ländern.“

„Das stimmt, aber man sagte noch weiter, daß der riesige Notenumlauf Frankreichs auf die Sparsamkeit des Franzosen zurückzuführen sei, der sein Geld heute „in den Strumpf“ steckt, wodurch es dem Verkehr entzogen würde.“

Sei Kämpfer trotz alledem!

Wenn heute die Arbeiterschaft, durch große Not gepeinigt nach sozialer Gerechtigkeit schreit, so hat sie dazu ein gutes Recht. Zugegeben, daß heute auch andere Stände unter der zettlichen Plage leiden. Ich denke dabei an die abgebauten Angestellten und Beamten. Auch ein großer Teil des Mittelstandes leidet unter der gegenwärtigen Not. Aber die am ärgsten davon betroffen werden, das sind in erster Linie die Arbeiter. Und so sehr der Notschrei der Arbeiterschaft insgesamt vollauf berechtigt ist, so ist es doch verfehlt zu glauben, daß ihr Hilferuf jemals von den Beuten von der Volkspartei angefangen über Hugenberg, Treviranus, Evangelischen Volksdienst bis Hitler ernst genommen oder überhaupt gehört wird! Wie kann es auch anders sein? Alle, soweit ich sie aufgezählt habe, haben kein Interesse daran, für das Gesamtwohl des Volkes einzutreten. Sie alle sind vom Stamme „Nimm“.

Darum, Arbeiter, befreie dich von dem Wahm, wenn du bis jetzt noch geglaubt hast, Heil und Hilfe dort zu finden. An Warnungen hat es nicht gefehlt. Hättest du die Ermahnungen, die vor dem 14. September 1930 zu unzähligen Malen durch Wort und Schrift an dich ergangen sind, nicht in den Wind geschlagen, so wäre dir nebst allem anderen das traurige Schauspiel jener Tage im Reichstag erspart geblieben. Aber das kommt davon, wenn man der Pirafe zum Siege verhilft und die Vernunft vergewaltigt. Wer bis dahin noch geglaubt hat, daß die Nazis die größten Volksdemagogen des 20. Jahrhunderts sind, die alles auf Schwindel, Lug und Trug aufgebaut haben, dem wird die Harzburger Tagung, wo sie mit den Todfeinden der Arbeiterschaft Arm in Arm spaziert sind, die Augen geöffnet haben.

Wie schrieb doch Dr. Breitscheid nach dem 14. September 1930: „Das deutsche Volk will Sozialismus. Die Wahlen haben das bewiesen. Wir von der SPD, die KPD, und die Nationalsozialisten stellen die große Mehrheit im Parlament dar. Wenn auch Gegensätze untereinander bestehen, so können sie doch nicht so groß sein, um in dieser ersten Situation zu verhindern, eine Verständigung herbeizuführen. An uns soll es nicht liegen. Aber ich bezweifle sehr, daß der gute Wille bei den anderen vorhanden ist. Die Zeit wird es lehren.“ Und sie hat es gelehrt!

Der 9. August 1931 wird für alle Zeiten ein schwarzer Tag in der Geschichte der KPD. bleiben. Es war der Gipfel der Gemeinheit und Verräterei, was sie an diesem Tage sich geleistet hat. Was es nicht genug, daß die „nationale Opposition“ zum vereinten Schlag gegen das rote Preußen ausholte? O, doch! Aber für die KPD. reichte es nicht aus. Deswegen in die Front der Todfeinde des schaffenden Volkes! Hier kann ihre demagogische Parole: „Für ein rotes Preußen!“, den denkenden Arbeiter nicht betören. Der eine für ein rotes Preußen, der andere gegen ein rotes Preußen. Das war ein Widerspruch, der allzu begreiflich war. Deswegen auch die große Niederlage!

Was die Nazis anbetrifft, so wundere ich mich nicht über ihre Handlungsweise. Es sind die Steigbügelhalter der raffenden Klasse. Wäre das nicht der Fall, so würde man Personen, wie v. Stauff, Poensgen, Thyssen, abgetaktete Generale, Prinzen usw. nicht geduldet haben. Wie sagte Herr Fricke im Reichstag: „Harzburg war die Versammlung der schaffenden Deutschen!“ Wer lacht da?

Sie sind eben die Steigbügelhalter der Reaktion und werden es immer bleiben. Das Geld der Unternehmer bringt reichlich Zinsen. Aber sorgen wir dafür, daß dieser Buzandzauber bald sein Ende erreicht. Was würde die Arbeiterwelt z. B. sagen, wenn sie vernehmen müßte, daß ein Fritz Husemann als Arbeitervertreter in den Palästen der Unternehmer, so wie es Hitler-Fricke beliebig machen, als gern gesehener Gast einherstolzieren? Glück, Glück und nochmals Glück, das wäre die Dichtung für seine Handlungsweise. Und auch mit Recht! Aber so wie das bisher nicht der Fall war, wird es auch nie der Fall werden, ebensowenig bei allen anderen unserer Führer. Wir wollen eine neue Welt. Das Unternehmertum klebt fest an der alten. Und weil wir das wollen, deswegen werden wir gebißt. Viele hört man sagen, es sei zu spät. O nein! Nie ist es zu spät, wenn die Arbeiterschaft nur will. Der Wille zur Tat, das ist es, was allein helfen kann. Deshalb sorge ein jeder für Aufklärung. Fort mit Hader und Zwiepspaltigkeiten! Es gereicht uns nur zum Schaden, den Gegnern aber zum Nutzen. Deshalb hoch die Fahnen, frei der Blick! Beweise, daß du trotz Not und Drangsal ein wahrer Kämpfer bist! W. H.

Ein beachtenswerter Werbeerfolg in der Erdöl- und Kallindustrie.

Sonntag für Sonntag liegen die Funktionäre der Geschäftsstelle C e l l e auf dem Lande, um für die Sache unseres Verbandes zu werben. Manch harte Nuß gibt es hierbei zu knacken, zumal in diesen Zeiten wirtschaftlichen Tiefdrucks. Auch in der Erdöl- und Kallindustrie, so im Wiehe, Steinförde, Menhagen, Hainiglen, Wathlingen usw. wütet, wie allerorts, langfristige Arbeitslosigkeit. Diese bringt aber leicht mit sich, daß die davon betroffenen Opfer den Lockrufen der Extremisten unterliegen und für ein vernunftgemäßes Denken kein großes Verständnis mehr aufbringen. Nehmlich; aber verhält es sich manchmal auch mit den noch im Arbeitsprozess stehenden Berufskameraden. Auch über ihnen liegen ja die drohenden Schatten der Arbeitslosigkeit, so daß auch hier sehr schwer zu arbeiten ist.

Alle diese Tatsachen sind nun bestimmt nicht dazu angetan, besonderen Ansporn und Mut bei unseren Funktionären zu erwecken. Doch ein Versuch mußte unter allen Umständen unternommen werden. Eine angefertigte Liste, in der alle unorganisierten Arbeitskameraden namentlich aufgeführt waren, erleichterte eine eingeleitete Werbearbeit bei den Hausagitationen beträchtlich. Unsere ersten Versuche waren für uns alle sehr zufriedenstellend. Viele neue Mitstreiter waren für unsere Bewegung an dem ersten Werbesonntag gewonnen. Nun gab es kein Halten mehr. Mit Ungeduld erwarteten wir schon wieder die nächsten Sonntage. Und jeder Sonntag zeitigte für uns neue Erfolge. Ingesamt konnten innerhalb drei Wochen, und zwar an drei Werbesonntagen, in der Geschäftsstelle C e l l e (Hannover) schon über 38 Neuaufnahmen für unseren Verband gebucht werden. Ein wirklich ansehnlicher Erfolg! Diese Erfolge müßten unsere Funktionäre bei den nächstfolgenden Hausagitationen weiter anspornen, dann wird es ein leichtes sein, auch über diese schwere Zeit hinwegzukommen. Nur durch die selbstlose Aufopferung unserer Verbandskameraden werden wir dieses Ziel erreichen. Darum: heraus zur neuen Werbung!

Hugo Dille.

Die Befämpfung des Bohrstäubes.

Schacher um das Schaumverfahren.

Bekanntlich wurde bei dem Preisanschreiben für eine Vorrichtung zur Unschädlichmachung des Bohrstäubes das Schaumverfahren der Minimax-AG. mit einem der höchsten Preise bedacht. Der Spruch wurde vom Preisgericht im Juli 1930 gefällt. Nachher übernahm es die Knappschaftsberufsgenossenschaft, Sektion II, das Verfahren auf seine praktische Brauchbarkeit hin durchzuprüfen. Die Versuche wurden auf einigen Gruben des Ruhrgebiets sowie auf einem besonderen Versuchstand der stillgelegten Zeche Konstantin III-IV in Bochum durchgeführt. Der Abschluß der Versuche liegt seit beinahe einem halben Jahre vor. Im Juli 1931 besichtigte die Grubensicherheitskommission beim Oberbergamt Dortmund den Versuchstand. Auf die Frage, ob das Verfahren nun für den praktischen Gebrauch reif sei, wichen die Vertreter der Sektion II mit viel Unwissen und Schutterzuckungen aus.

Das war verdächtig, weil doch jeder Fachmann nun selbst sehen konnte, daß die Angelegenheit spruchreif sei. Auch auf der Fachausstellung „Grubensicherheit“ in Köln hat die Minimax-AG. auf eigenem Stand die Gebrauchsfähigkeit des Verfahrens bewiesen. Vor einigen Wochen haben wir nun erfahren, daß man auf Unternehmerseite von der Gebrauchsfähigkeit der Sache überzeugt sei und die Durchführung beabsichtige. Bedingtlich aus finanziellen Gründen hat man die Sache monatelang hinausgeschoben. Es entwickelte sich ein widerlicher Schacher, bei dem sich die Sektion II wohlweislich zurückhielt. Dafür hat man den Schadenfeuerverband, eine Einrichtung der Ruhrzechenbesitzer, in den Vordergrund geschoben. Dieser trat nun mit der Erzeugerfirma Minimax in Verbindung, zunächst einmal zwecks gemeinsamer Bewertung des Verfahrens. Später soll auch dieser Antrag zurückgezogen worden sein, um die Verwertung allein durch den Schadenfeuerverband zu betreiben.

Hier zeigt sich die Tragödie des gefährdeten Bergmannslebens im furchtbarsten Licht! Jährlich sterben über 300 Menschen an schwerer Steinhauerlunge und über 1000 werden schwer krank. Die Unternehmer, die sonst ihr soziales Empfinden sehr in den

Vordergrund schieben und furchtbar empört tun, wenn man ihnen sagt, daß ihnen das Geldverdienen vor der Gesundheit der Bergarbeiter gehe, haben hier eines Geschäftes wegen eine Einrichtung, von deren Brauchbarkeit sie überzeugt sind, monatelang hinausgeschoben.

Und was sagt die Bergbehörde zu diesem Spiel? Hat sie sich über die Brauchbarkeit des Verfahrens mit Aehelzucken abspießen lassen? Waren ihr die Geschäftemachereien, d. h. die Ursachen der Verzögerungen, bekannt? Wir bitten um Antwort.

Ueber das Verfahren selbst werden wir in der nächsten Nummer dieser Zeitung genauer berichten.

Die Explosionsursachen auf Mont Genis.

Ueber dieses Unglück haben wir in Nr. 44 der „Bergbau-Industrie“ vom 31. Oktober d. J. eingehend berichtet. Das Plenum der Grubensicherheitskommission beim Oberbergamt in Dortmund beriet über die Sache abschließend am 6. Nov. d. J.

Der amtliche Bericht über diese Sitzung lautet: „Die Grubensicherheitskommission befaßte sich heute mit der Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion, die sich am 19. Oktober auf der Schachtanlage Mont Genis I-III im Flöz A ereignet hat. Die Kommission kam nach eingehender Beratung zu dem Ergebnis, daß die Explosion ihren Ausgang von Ort 2, Westen, aus genommen hat und daß als Zündquelle eine nach der Explosion am Entfengungsherd aufgefundene, durch Steinfall beschädigte elektrische Mannschafslampe angesehen werden muß. Für die in einem Teil der Presse verbreitete Ansicht, daß der Herd der Explosion auf Ort 1 zu suchen sei, fehlen nach Auffassung der Kommission jegliche Anhaltspunkte. Im Anschluß an die Besprechung der Explosion wurde die Frage erörtert, ob sich Mittel und Wege finden lassen, die elektrischen Grubenlampen, die bisher zu Bedenken keinerlei Anlaß gegeben haben, in sicherheitlicher Hinsicht weiter zu verbessern.“

Dieser Ansicht schloß sich auch die Betriebsvertretung an. Das Ort 1, d. h. die Sohlenstrecke der Teilschle, scheidet als Ausgangspunkt der Explosion aus. Es fehlen dort alle Anzeichen dafür, während man auf Ort 2 eine Entzündungsursache gefunden hat. Ohne Zweifel wurden Schutzglas und Glühbirne durch einen Stein zertrümmert und der Glühdraht ist in der Luft durchgebrannt. Ein solches Flämmchen ist in der Lage, Schlagwetter zu entzünden. Auch die Tatsache spricht für den Ausgang auf Ort 2, daß die Explosion mit größtmöglicher Wahrscheinlichkeit von oben nach unten im Abbaustöß heruntergeschlagen ist.

Jetzt entsteht die Frage, wie es möglich war, daß auf Ort 2 soviel Schlagwetter vorhanden waren. Das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß diese Ortsstrecke an einer Störung vorbeigeführt wurde.

UNSERE TOTEN

- Zuerbach. Otto Preß, seit seiner Jugend organisiert.
- Borne. Gustav Linde, seit 1904 Mitglied; langjähriger Funktionär.
- Freital I-II. August Müller, Mitglied seit 1898.
- Kleinnaundorf. Eduard Schöbel, 30 Jahre Vertrauensmann und Kassierer.

Verbandsnachrichten

Auszahlung von Unterstüzungen.
Hofsterhausen. Anträge auf statutarische Unterstüzung sind unter Vorlegung des Mitgliedsbuches am letzten jeden Monats beim Kassierer Alfred Fricke, Overbeckstraße 18 zu stellen.

Adresse gesucht! Wer kennt die Adresse von Albin Kottlitz, geb. 6. März 1879 in Großhitz? — Mitteilung an Fr. Hentschel, Zwenkau bei Leipzig, August-Bebel-Straße 7.

46. Woche Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 8. bis 14. November 1931

tums durch ihre eigene Theorie widerlegt. Also entweder beruht der Goldreichtum auf der Sparsamkeit, dann kann aber der Reichtum des Notenumlaufs nicht darauf beruhen, oder der Notenumlauf ist auf die Im-Strumpf-Sparer zurückzuführen, aber dann kann man damit nicht den Goldreichtum erklären. Du siehst also jetzt noch deutlicher als vorher, daß keine andere Erklärung der französischen Geldmacht möglich ist als diejenige, die ich dir gab. Es ist tatsächlich so, daß das ganze heute nur noch auf einer Frankhamsterung der Weltkapitalisten beruht, für deren Devisen Frankreich das Gold ihrer Länder kauft.“

„Dann würde also die französische Geldherrschaft nur solange anhalten, als die Kapitalisten freiwillig ihre Frank behalten?“

„So ist es. Die französische Geldherrschaft ruht auf sehr schwachen Füßen und kann über Nacht zusammenbrechen.“

„Wie kann das zum Beispiel geschehen?“

„Nun, ich nehme einmal an, daß die Weltwirtschaft sich wieder belebt. Dann brauchen die Kapitalisten wieder ihr Kapital für das Warengeschäft und mit der Frankherrlichkeit ist es vorbei. Sie müssen nämlich dann ihre Frank verkaufen gegen Devisen der Länder, mit denen sie Geschäfte machen wollen und dann werden die Frank bald milliardenweise auf dem Geldmarkt angeboten werden.“

„Das könnte ja zu einer Finanzkatastrophe für Frankreich werden, denn wenn der Frank so massenhaft auf den Markt kommt, muß er doch im Werte fallen nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage.“

„Das kann unter Umständen sogar sehr leicht der Fall sein, was Frankreich heute genau weiß und worauf es jetzt schon seine Weltpolitik eingestellt hat.“

„Davon habe ich doch noch gar nichts gelesen.“

„Das glaube ich wohl. Aber so ist es bei allen drohenden Katastrophen, daß die Menschen erst an sie glauben, wenn sie eingetroffen sind.“

„Woran willst du denn erkennen, daß Frankreich schon seine Politik nach dieser Möglichkeit orientiert?“

„Das hat mir vor allem die Taktik des französischen Ministerpräsidenten Laval offenbart, die er bei seinem Besuch in Amerika anwandte.“

„In welcher Hinsicht?“

„Nun, es hat sich eins klar gezeigt, daß Frankreich keineswegs geneigt ist, sich positiv an einer Ueberwindung der Weltkrise, etwa durch billige Kreditgewährung auf lange Sicht, im Verein mit Amerika, zu beteiligen. Es will und muß seine Milliardenkapitale „flüssig“ halten, wie man sagt, um nicht überrascht zu werden und jederzeit operieren zu können, wenn der Sturm losbricht.“

„Aber da fällt mir ein, daß wir feststellten, daß Frankreich ja fast hundertprozentige goldsichere Deckung für seine Papierfrank besitzt, also gar keine Gefahr für den Frankbesitzer bestehen kann.“

„Richtig! Und trotzdem steht gerade diesbezüglich Frankreich vor der größten Gefahr seines Experiments. Und zwar besteht diese Gefahr darin, daß sich die übrigen Länder, aus denen Frankreich, anfangs freiwillig, später gezwungen als Folge der „Flucht in den Frank“, das Gold wegzog, sich einfach von der Goldwährung loslösen und somit nur wenig Interesse für die Kapitalisten dieser Länder am französischen Golde übrigbleibt, wie das jetzt ja schon tatsächlich in manchen Ländern, darunter auch England, geschehen ist. Was diesbezüglich in England vor sich ging, nämlich die Loslösung von der Goldwährung, ist, ob gewollt oder ungewollt, eines jener Ereignisse, die immer in der englischen Geschichte, für andere Völker rätselhaft und auf lange Zeit unverstänlich, gerade dann sich ereigneten und die englische Herrscherstellung sicherten und unliebsame Konkurrenten schachtmatt setzten, wenn es für England am gefährlichsten zu sein schien. Heute ist für England Frankreichs geldpolitische Weltstellung völlig belanglos geworden. Für Frankreich aber ist das englische Ereignis eine bedrohliche Gefahr.“

„Ah, du meinst, wenn sich zum Beispiel auch Amerika von der Goldwährung löst, daß dann bei einem Massenangebot des französischen Frank, den in Gold umzuwechseln wenigstens vorläufig dann keinen Sinn

hätte, eine gewaltige Wertverminderung, also Frankentwertung, einsetzen müßte?“

„So ist es. Und deshalb war fast als einziges positives Ergebnis der Reise des französischen Ministerpräsidenten nach Amerika zu verzeichnen, daß Laval von Hoover die Zusage erkämpfte, daß Amerika an der Goldwährung festhalte. Hoover glaubt damit für sein Land etwas Großes geleistet zu haben. Er hat in Wirklichkeit sein Land in goldene Fesseln geschlagen und vor allem Frankreich wieder eine Atempause gesichert in seinem grandiosen Kampf mit seiner eigenen Geldmacht.“

„Das ist ja furchtbar, was da alles noch verborgen lauert hinter diesen weltkapitalistischen Vorgängen. Das kann ja geradezu zu einer Weltkatastrophe führen.“

„Die Gefahr hierfür liegt nahe. Der Kapitalismus gräbt sich eben selbst sein Grab. Das alles gehört mit unter die Feststellung eines Karl Marx, daß der Privatkapitalismus am Ende nicht mehr in der Lage ist, seine eigenen Produktivkräfte zu meistern. Die Arbeiterschaft muß wachsen sein, damit sie nicht selbst mit in den Strudel hinabgerissen wird.“

„Leider sieht das die Arbeiterschaft nicht ein. Sie zerfleischt sich um Tagesfragen, Tagespolitik und um richtige oder falsche Taktik.“

„So ist es. Und darüber sieht sie nicht, daß die immanente Gesetzmäßigkeit des privatkapitalistischen Verlaufs ihr große geschichtliche Aufgaben stellt, die zu ihrer Bewältigung nur die eine Taktik notwendig machen: einig zu sein!“

„Das hat ja jetzt wieder die Wahl in England bewiesen, nicht wahr? Auch dort wurde im „Interesse“ des Sozialismus gespart. Und das Resultat: die englische politische Kampffront des Proletariats ist auf längere Zeit vernichtet. Und doch hätten wir gerade jetzt überall starke Heere notwendig. Aber lernen wir daraus, daß bei uns endlich der Gedanke der Einigkeit über alles siegt, dann werden wir allen Stürmen der nächsten Zeit gewachsen sein und fertigbringen, daß aus dem niederbrechenden System des privatkapitalistischen Wirtschaftens ein friedliches internationales Zusammenwirken aller schaffenden möglich wird zum Wohle der gesamten Kultur Menschheit.“

P. Z.

